

KEINE deutschen Waffen an Kriegsparteien!



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Kaum sechs Jahre alt sind die aktuell gültigen Richtlinien der Bundesregierung, die den Export von Waffen und Kriegsgerät in Ländern verbieten, die in Kriege verwickelt sind, die Menschenrechte verletzen oder auf andere Art und Weise das Völkerrecht brechen. Ein weiteres Mal werden diese Richtlinien nun durch die Bundesregierung verletzt, indem Waffenlieferungen an Länder genehmigt wurden, die diese Kriterien erfüllen.

Gerade auch in den Nahen und Mittleren Osten wurden und werden von Deutschland Waffen, Kriegsgeräte und Ersatzteile geliefert. In dieser von Kriegen und Besatzung gebeutelten Region erfüllt kein Staat auch nur ansatzweise die Anforderungen dieser Richtlinien. Die Bundesregierung beteiligt sich unmittelbar an der Aufrüstung von Konfliktparteien und heizt so den Dauerkonflikt im Nahen Osten weiter an. Auch im jüngsten Nahostkrieg wurden von Israel eine Reihe von Waffensystemen eingesetzt, die mit aus Deutschland gelieferten Komponenten ausgestattet sind. Im Innenteil dazu einige Informationen.

Unsere, zusammen mit weiteren Friedensorganisationen initiierte Petition (siehe Rückseite) fordert den Bundestag dazu auf, die Bundesregierung, den Bundessicherheitsrat und die zuständigen Ministerien davon abzubringen, Ausfuhrgenehmigungen für Waffen und Kriegsgerät in den Nahen Osten zu erteilen, bzw. deren Rücknahme zu veranlassen. Diese Rüstungsexporte verstoßen sogar gegen die ohnehin weit gefassten Richtlinien. Aktuell wenden wir uns gegen die Auslieferung eines Testexemplars des gepanzerten Truppentransportfahrzeugs Dingo 2 und den Bau und Lieferung von zwei U-Booten der Dolphin-Klasse an Israel. Es geht aber um die künftige Unterbindung von Waffenlieferungen an **alle** Konfliktparteien in der Gesamtregion. Statt Aufrüstung soll eine friedensfördernde Politik in der Region des Nahen Ostens betrieben werden.

Mit Ihrer Unterschrift unterstützen Sie diese Petition an den Bundestag. Tragen Sie mit dazu bei, die deutsche Regierung an ihre Verantwortung für den Frieden zu erinnern. Lassen Sie es nicht weiter zu, dass in ihrem Namen und mit Ihren Steuergeldern Krieg und Gewalt weiter gefördert werden.

Susanne Grabenhorst, Otmar Steinbicker, Renate Wanie
(SprecherInnen der Kooperation für den Frieden)

Die Petition kann auch online unterzeichnet werden unter: www.ippnw.de/kampagnen/

D I E R E C H T S L A G E

Deutsche Exportgenehmigungen für Waffen und Kriegsgerät nach Israel verstoßen gegen eigene Richtlinien und den Verhaltenskodex der EU.

Die IALANA (*International Association of Lawyers Against Nuclear Arms*) hat die Genehmigung für die Lieferung von zwei U-Booten der Dolphin-Klasse und des Truppentransportfahrzeuges Dingo 2 an Israel juristisch geprüft. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die geplanten Waffenexporte gegen den Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren und gegen die deutschen Richtlinien zum Rüstungsexport verstoßen. In letzteren ist einleitend geregelt, dass Deutschland sich an den europäischen Verhaltenskodex halten will.

Nach dem EU-Verhaltenskodex sollte eine Ausfuhrgenehmigung verweigert werden, wenn

- bewaffnete Konflikte heraufbeschworen bzw. verlängert oder bestehende Spannungen oder Konflikte verschärft würden,
- eindeutig das Risiko besteht, dass der Empfänger das zur Ausfuhr bestimmte Gerät zu aggressiven Zwecken gegen ein anderes Land oder zur gewaltsamen Durchsetzung eines Gebietsanspruchs benutzen würde.

Auch in den deutschen Richtlinien zum Rüstungsexport ist vorgesehen, dass Kriegswaffenlieferungen nicht genehmigt werden in Länder,

- die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder wo eine solche droht,

- in denen bestehende Spannungen und Konflikte durch den Export ausgelöst, aufrecht erhalten oder verschärft würden.

Diese Kriterien treffen auf Israel aber auch auf andere Länder der Region eindeutig zu. (...)

Auch besteht das Risiko, dass Israel das zur Ausfuhr bestimmte Gerät zu aggressiven Zwecken gegen ein anderes Land oder zur gewaltsamen Durchsetzung eines Gebietsanspruchs benutzen würde.

Die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel rechtfertigt die Verletzung geltenden Rüstungsausfuhrrechts nicht.

Von Israel wurden während der Bombardierung Libanons und des Gaza-Streifens eine Reihe von Waffensystemen eingesetzt, die mit Komponenten ausgestattet sind, die aus Deutschland geliefert wurden. Deutsche Technik kommt in Land-, Luft- und Seestreitkräften Israels zum Einsatz.

Für die Bodenoffensive im Südlibanon hat Israel den Kampfpanzer Merkava Type 3 und Type 4 eingesetzt. Sie sind mit Stabilisierungselektronik (LTDS) aus deutscher Herstellung ausgestattet, die es ermöglicht, auch bei voller Fahrt auf unebenem Gelände präzise zu feuern. Auch die Kanonenrohre, die Panzerung, die Getriebe und die Motoren dieser Panzer stammen entweder aus deutschen Direktlieferungen oder aus Lizenzproduktion US-amerikanischer Zwischenfirmen. Ein Großteil dieser Komponenten wurde ursprünglich für den deutschen Leopard 2 entwickelt.

Die bei der Bombardierung zum Einsatz kommenden F-16 Jagdbomber sowie die häufig in den palästinensischen Ge-

koordiniert. Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1965 wurden die Waffenlieferungen fortgesetzt. Ab 1990 entwickelte sich der Waffenhandel zwischen beiden Staaten zu einer Kooperation in der Rüstungsindustrie, im Bereich von Waffen- und Technologietransfers – auch in Drittländer – und Ersatzteillieferungen. Zwischen 1995 und 2005 importierte Israel Waffen im Wert von mehr als einer Milliarde Dollar aus Deutschland.

Kooperationen im Rüstungsbereich gab es auch zwischen einigen arabischen Staaten und deutschen Firmen. Anfang der 1960er Jahre nahmen deutsche Raketenexperten an ägyptischen Rüstungsprojekten teil. Auch an Projekten zur Herstellung von chemischen Waffen in Libyen und dem Irak waren deutsche Firmen beteiligt. Neben Israel gehören Saudi Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate zu den wichtigsten Empfängern deutscher Rüstungsgüter in der Region. So hat Saudi-Arabien im Sommer 2006 ein Abkommen mit Großbritannien über die Lie-

Deutsche Militärtechnik auf allen Seiten dabei

bieten eingesetzten AH-64 Apache Kampfhubschrauber verfügen über Infrarotmodule zur Zielerfassung. Auch diese deutsche Technik wird über amerikanische Firmen an Israel geliefert. Bei der Belagerung der libanesischen Küste durch die israelische Marine wurden eine Reihe von Korvetten und Schnellbooten eingesetzt, deren Dieselmotoren aus deutscher Produktion stammen. Sämtliche Komponenten wurden von Deutschland, oder über Zwischenhändler in den USA, in den letzten zehn Jahren geliefert.

Auf der anderen Seite besitzt die Hisbollah G3 Gewehre aus deutscher Lizenzproduktion im Iran sowie Panzerabwehr-Raketen des Typs Milan, die in Kooperation mit französischen Waffenfirmen hergestellt werden. Diese Raketen sind fähig, die äußerst stark gepanzerten Merkava-Panzer der israelischen Armee zu zerstören. Die deutsche Waffenindustrie verdient somit – direkt oder indirekt – auf beiden Seiten des Konflikts.

Deutsche Rüstungslieferungen nach Nahost

Deutsche Rüstungslieferungen an Israel gehen bis auf die fünfziger Jahre des letzten Jahrhunderts zurück. Im Rahmen des „Wiedergutmachungsabkommens“ zwischen Deutschland und Israel wurden Waffenlieferungen (z. B. Panzer und Hubschrauber) an Israel genehmigt. Sie liefen unter strengster Geheimhaltung ab und wurden in der Regel vom BND und dem Mossad

lieferung von 72 Eurofightern für ca. 14,7 Mrd. abgeschlossen. Beim Bau des Eurofighters ist unter anderem der deutsche Luft-, Raumfahrt- und Rüstungskonzern EADS beteiligt.

Politische Grundsätze für den Export

Die von der rot-grünen Regierung verabschiedeten neuen Richtlinien zum Rüstungsexport vom 19. Januar 2000 sollten die Grundlage für eine restriktivere Gestaltung der Rüstungsexportpolitik sein. Gemeinsam mit den – seit 1999 jährlichen – Rüstungsexportberichten sollten sie mehr Transparenz und moralische Kriterien beim Waffenexport ermöglichen. Die Daten und Fakten der Rüstungsexportpolitik unter Rot-Grün ergeben jedoch ein ganz anderes Bild. Neben Israel, auf das ohne Zweifel die Mehrheit der unter Absatz drei der Richtlinien beschriebenen Restriktionen zutreffen, wurden Waffen an Staaten wie Saudi-Arabien, die VAE, Kuwait und Ägypten geliefert – recht problematische Länder, was die Einhaltung der Menschenrechte betrifft.

Teilweise wurde zur Umgehung der eigenen Richtlinien der Umweg über die Erteilung von Lizenzen an andere Länder gewählt oder es wurden in Deutschland gefertigte Waffen und Komponenten über Firmen anderer Staaten, deren Exportgesetze erheblich laxer sind, abgewickelt.

Aktuelle Lieferungen an Israel

Die Lieferung von U-Booten aus deutscher Produktion hat inzwischen „Tradition“. Bereits in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts wurden drei U-Boote der GAL-Klasse, basierend auf der deutschen U-Boot-Klasse 206, in England gebaut und an die israelische Marine geliefert. Zwischen 1998 und 2000 erfolgte die Lieferung von drei U-Booten der nächsten Generation, der Dolphin-Klasse, an Israel. Die Kosten für diese drei Boote wurden zu 80 % aus dem deutschen Bundeshaushalt getragen. Die besondere Brisanz dieser U-Boote liegt nach Meinung von Experten in deren möglicher Eignung zur Umrüstung für den Einsatz von Flugkörpern mit Atomsprenköpfen. Dies würde das Risiko eines Einsatzes von Massenvernich-

IMPRESSUM: 1. Auflage: 25.000 Ex., September 2006; Text: Munir Lada'a

Der Text wurde redaktionell überarbeitet und gekürzt. Eine Langfassung findet sich unter: www.ipnw.de/Frieden/article/Waffenlieferungen.html

Unterschriftenliste dazu als PDF:

www.koop-frieden.de/petition_rexport_nahost.pdf

Hrsg.: Kooperation für den Frieden, c/o Netzwerk Friedenskooperative
Römerstr. 88, 53111 Bonn, Tel. 02 28 / 69 29 04, Fax 02 28 / 69 29 06
www.koop-frieden.de, info@koop-frieden.de

Spendenkonto: Förderverein Frieden e.V., Kto-Nr. 33 0 35 bei Sparkasse
Bonn (BLZ 380 500 00), Stichwort: Petition Nahost

Hintergrundmaterial zum Thema kann im Büro bestellt werden.

V.i.S.d.P.: Matthias Jochheim, c/o Kooperation für den Frieden

tungswaffen in der Region erhöhen und jeglichen Bemühungen, die Proliferation von Atomwaffen zu verhindern, zuwiderlaufen.

Trotz dieser erheblichen Bedenken genehmigte die rot-grüne Regierung als eine der letzten Amtshandlungen im September 2005 die Lieferung von weiteren zwei U-Booten der Dolphin-Klasse an Israel. Von den insgesamt ca. eine Milliarde Euro wird ein Drittel direkt und ein Drittel über den Kauf von israelischen Rüstungsgütern aus dem deutschen Bundeshaushalt finanziert. Der Industrievertrag zum Bau der U-Boote wurde im Juli 2006 unterzeichnet. Eine Lieferung wird voraussichtlich 2013/14 stattfinden.

Während die U-Boote eine langfristige Destabilisierung der geopolitischen Lage im gesamten Nahen und Mittleren Osten bedeuten, sind die negativen Auswirkungen der Lieferung des „Allschutz-Transportfahrzeugs“ (ATF) Dingo 2 an Israel unmittelbarer. Dieses Gefährt wurde von der deutschen



Rüstungsindustrie für den Zweck entwickelt, der Bundeswehr für vermehrte Auslandseinsätze zur „Friedenssicherung“ ein bewegliches aber gut gepanzertes Fahrzeug zur Verfügung zu stellen. Es ist speziell darauf ausgerichtet, in asymmetrischen Konfliktsituationen eingesetzt zu werden, unter anderem auch zur Bekämpfung von Aufständen in urbaner Umgebung. Der Dingo wird von der Bundeswehr zur Zeit im Kosovo und in Afghanistan eingesetzt.

Israel möchte 103 Exemplare des Dingo 2 beschaffen. Im Juni 2006 genehmigte der Bundessicherheitsrat die Lieferung eines Testexemplars, somit ist für eine größere Lieferung ein Präzedenzfall geschaffen worden. Selbst wenn die Bundesregierung einer weiteren Lieferung nicht zustimmen würde, so besteht für Israel die Möglichkeit, mit Hilfe des Testexemplars den Dingo nachzubauen und unter anderem Namen als eigenes Produkt herzustellen – für dieses Verfahren gibt es mehrere Präzedenzfälle.

Beteiligte deutsche Firmen

An dem Export von Waffen und Kriegsgerät in die Region des Nahen Ostens sowie an der Rüstungskoooperation zwischen Deutschland und Israel sind zahlreiche deutsche Firmen beteiligt, z.B. die Firma Krauss-Maffei Wegmann (KMW). Neben der Fertigung von Leopard-Panzern – die zu großen Teilen den israelischen Merkava-Kampfpanzern Modell stand – ist die KMW Produzent des Dingo. Das Fahrgestell des Dingo basiert auf dem UNIMOG Gestell von DaimlerChrysler. Die Firmen Rheinmetall, IBD-Deisenroth und die ehemalige AEG sind für Bewaffnung, Panzerung und Elektronik von Panzern verantwortlich. MTU Friedrichshafen und die Augsburger Renk AG produzieren Motoren bzw. Getriebe, für Panzer, Truppentransporter und Kriegsschiffe.

Die U-Boote werden von der Howaldtswerke-Deutsche Werft GmbH (HDW) in Kiel entwickelt, für die Elektronik zeichnet die Firma Atlas Elektronik verantwortlich. Die Boote werden in der Kieler Werft gemeinsam mit Thyssen Nordseewerk gebaut.

Politische Alternativen für die Lösung des Nahost-Konflikts

Nicht Waffenlieferungen in die Krisenregion Nahost, sondern politische Verhandlungen und für alle Seiten akzeptable Vertragslösungen sind nötig, um Frieden im Nahen Osten zu erreichen. Die deutsche Bundesregierung sollte ihr beträchtliches ökonomisches und politisches Gewicht einsetzen für:

- Sofortige humanitäre Hilfe für die Opfer des Krieges im Libanon wie im besetzten Palästina sowie Hilfe beim Wiederaufbau beider Länder.
- Hilfe bei der Bekämpfung der Ölkatastrophe vor der libanesischen und syrischen Küste und ihrer ökologischen Folgen.
- Freilassung von Gefangenen, vordringlich der entführten israelischen Soldaten, der palästinensischen Minister und Abgeordneten sowie der palästinensischen Kinder in israelischer Haft.
- Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen durch die Kriegsparteien, Einleitung entsprechender Strafverfahren gegen die Verantwortlichen und Festsetzung von Kompensationszahlungen.
- Umsetzung aller VN-Resolutionen. Dazu gehören neben der Entwaffnung der Hisbollah das Ende der israelischen Besatzung im Westjordanland, in Ostjerusalem, Gaza und Golan, das Ende der illegalen Besiedlung und der Annexion von Land sowie die Anerkennung des Rückkehrrechts der palästinensischen Flüchtlinge und entsprechende Regelungen.
- Schluss mit dem Bau der Mauer in der Westbank, entsprechend dem Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs.
- Einberufung einer ständigen Nah- und Mittelost Konferenz nach dem Vorbild der KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) unter Beteiligung aller Staaten und relevanten Konfliktparteien der Region, mit dem Ziel der wechselseitigen Anerkennung und gegenseitiger Sicherheitsgarantien.
- Errichtung einer ABC-Waffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten und weitere Schritte zur konventionellen Abrüstung in der Region.
- Unterstützung der zahlreichen Initiativen, die sich für israelisch-palästinensische Verständigung einsetzen.
- Unterstützung für die Bewegung der israelischen Kriegsdienstverweiger/-innen.
- Keine deutschen Waffen an Kriegsparteien!

Der Waffenhersteller Heckler & Koch (H&K), mit Sitz in Oberndorf am Neckar, gehört zu den großen Produzenten von sogenannten Kleinwaffen. Weltweit sind mehr als elf Millionen Waffen aus der Produktion von H&K im Einsatz, unter anderem auch im Nahen Osten. Das für die Bundeswehr entwickelte G3 Sturmgewehr wird u.a. seit 1976 in Lizenzproduktion von Iran hergestellt und auch von der Hisbollah und der Hamas eingesetzt.

KEINE Rüstungslieferungen nach Nahost!

Die UnterzeichnerInnen dieser Petition legen Beschwerde ein gegen die Entscheidungen des Bundessicherheitsrats, der Lieferung von zwei U-Booten der Dolphin-Klasse sowie der Lieferung eines Testexemplars des gepanzerten Truppentransportfahrzeugs „Dingo 2“ nach Israel zuzustimmen. Mit dieser Zustimmung wird sowohl gegen den Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren als auch gegen die deutschen Richtlinien zum Rüstungsexport verstoßen.

Mit unserer Beschwerde wollen wir erreichen, dass die gewährten Ausfuhrgenehmigungen zurückgenommen werden, und das gelieferte Testexemplar des „Dingo 2“, falls bereits geliefert, unverzüglich in die Bundesrepublik Deutschland zurück verbracht wird. Wir fordern die verantwortlichen Ministerien des Auswärtigen sowie für Wirtschaft und insbesondere den Bundessicherheitsrat auf, sich strikt an den o.g. Verhaltenskodex und die Richtlinien zu halten, nach denen eine Ausfuhrgenehmigung verweigert werden sollte, wenn

- bewaffnete Konflikte heraufbeschwoen bzw. verlängert oder bestehende Spannungen oder Konflikte verschärft würden,
- eindeutig das Risiko besteht, dass der Empfänger das zur Ausfuhr bestimmte Gerät zu aggressiven Zwecken gegen ein anderes Land oder zur gewaltsamen Durchsetzung eines Gebietsanspruchs benutzen würde, und dass Kriegswaffenlieferungen nicht genehmigt werden in Länder,
- die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder wo eine solche droht,
- in denen bestehende Spannungen und Konflikte durch den Export ausgelöst, aufrechterhalten oder verschärft würden.

Diese Kriterien treffen auf Israel, aber auch auf andere Länder der Region eindeutig zu.

Wir bitten den deutschen Bundestag auf dem Wege dieser Petition, die Bundesregierung zu friedensfördernder Diplomatie aufzufordern, statt durch weitere Aufrüstung die Gewalteskalation in der Nahost-Region zu fördern.

Die Petition wurde initiiert von: Aachener Friedenspreis e.V.; Ak Nahost Berlin; Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF); Antikriegsbündnis Kiel; Arbeits- und Koordinierungsstelle PRAKTISCHE SCHRITTE für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung; Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung e.v.; Attac-Frankfurt; Attac AG Globalisierung und Krieg; Berliner Initiative für Frieden im Nahen Osten; Braunschweiger Friedenszentrum; Bundesverband Bürgerinitiative Umweltschutz BBU e.V.; BUKO-Kampagne Stoppt den Rüstungsexport, Bremen; Bund für Soziale Verteidigung e.V.; BUND Südpfalz; Bundesausschuss Friedensratschlag; Bundesverband Deutsch-arabischer Vereine e.V.; Deutsch-Palästinensischer Frauenverein; Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK); Ellen Rohlf's (Gush Shalom); FI Nottuln; Friedensausschuss der Quäker, Deutsche Jahresversammlung; Friedenswerkstatt Mutlangen; Frauen in Schwarz Deutschland; Friedensforum Mönchengladbach; Friedensgruppe Altenholz; Friedensnetzwerk Ulm; Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.; IALANA, deutsche Sektion der International Association of Lawyers Against Nuclear Arms; Informationskreis Rüstungsgeschäfte in Hamburg; Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit; IPPNW-Internationale Ärzte zur Verhütung eines Atomkriegs, Deutsche Sektion; Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost; Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben; Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär; Kooperation für den Frieden; Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit; Frieden und Ökologie e.V.; Libanesischer Kulturverein e.V.; Mütter für den Frieden Düsseldorf; Mönchengladbacher Friedensforum; Münchener Bündnis gegen Krieg und Rassismus; Netzwerk Friedenssteuer; Netzwerk Friedenskooperative; Nord-Süd-Forum München e.V.; Ökumenisches Basisnetzwerk Kairos Europa; Ökumenisches Zentrum Berlin; Ökumenisches Friedensnetz Düsseldorf Christinnen und Christen; Palästinensische Gemeinde Berlin; Palästinensische Gemeinde Deutschland e.V.; Pax Christi, deutsche Sektion; Ramsteiner Appell; Arbeitskreis Marburger WissenschaftlerInnen für Friedens- und Abrüstungsforschung (AMW)

Ich unterstütze die Petition von Friedensorganisations „Keine Rüstungslieferungen nach Nahost!“

1

Name, Vorname	Straße, PLZ, Wohnort
Unterschrift	eMail

Adresse, falls abweichend von oben

Bestellcoupon

(Bitte Ihre Adresse nicht vergessen)

Ich/wir bestelle/n gegen Rechnung (jeweils. zzgl. Versandkosten):

- Ex. dieses Faltblatts (à 0,15 EUR, ab 100 Ex. à 0,10 EUR / bis 20 Ex. nur Portoerstattung von 1,50 EUR)
- Ex. Unterschriftenliste dazu (nur Porto)
- Ex. Reader zum Thema „Deutsche Rüstungsexporte nach Israel“, Stand: September 2006, Umfang ca. 40 Seiten (à 5,00 EUR)
- Ex. Broschüre „Rüstungskooperation zwischen Deutschland und Israel“ (BITS Research Report 03.1, 48 Seiten, Autoren: Otfried Nassauer & Christopher Steinmetz, Stand: Sept. 2003 (à 6,00 EUR)

Ich/wir möchte/n über dieses Thema künftig weiter informiert werden

**Kooperation für den Frieden
c/o Netzwerk Friedenskooperative
Römerstr. 88
53111 Bonn**